

Wohlstandsversprechen bröckelt – Klaus Regling fordert historischen Reformkompromiss

Ute Pappelbaum



Quelle: Von EU2016 SK - PRESS CONFERENCE - INFORMAL MEETING OF MINISTERS FOR ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS (Informal ECOFIN)

Die Ursachen liegen tiefer als Konjunkturzyklen. Regling spricht von einem systemischen Wandel. Verteidigung, Sozialsysteme und Umweltkosten werden in den kommenden Jahrzehnten einen wachsenden Anteil der Wirtschaftsleistung binden. Der private Konsumanteil schrumpft. Die Folge: Weniger Spielraum für die Bürger, mehr Spannung im sozialen Gefüge.

Ein Bruch mit der Nachkriegslogik

Das ökonomische Fundament der Bundesrepublik war klar: Wachstum trägt den Sozialstaat, steigert das Einkommen, sichert den inneren Frieden. Dieses Modell verliert seine Basis. „Das Versprechen, dass es den Kindern wirtschaftlich besser geht als den Eltern, ist vermutlich nicht mehr einzulösen“, sagt Regling. Die politische Brisanz liegt auf der

Hand: Wer keine Zukunft mehr erwartet, wendet sich von der Gegenwart ab.

Ursachen: geopolitisch, demografisch, fiskalisch

Drei strukturelle Belastungen wirken gleichzeitig:

Sicherheit: Neue geopolitische Bedrohungslagen erfordern Verteidigungsausgaben auf hohem Niveau – nicht nur temporär, sondern dauerhaft. Demografie: Die Zahl der Rentenbezieher steigt, die Zahl der Erwerbstätigen sinkt. Das belastet Rente, Pflege, Gesundheit. Ökologie: Klimawandel, Ressourcenknappheit, Folgekosten jahrzehntelanger Externalisierung – all das erzeugt neue fiskalische Verpflichtungen.

Diese Entwicklung bedeutet: Künftiges Wachstum speist sich nicht mehr in vollem Umfang in steigenden Lebensstandard ein. Ein Teil wird zur Stabilisierung bestehender Systeme benötigt.

Diagnose: Wachstumsschwäche mit Vorgeschichte

Das Potenzialwachstum Deutschlands liegt laut Sachverständigenrat bei nur 0,2 bis 0,4 Prozent – niedrigster Wert unter allen G7-Staaten. Regling nennt das eine Folge verpasster Investitionen. Über Jahrzehnte lagen die öffentlichen Investitionen am unteren Ende der EU-Rangliste. Die Politik habe fiskalisch konsolidiert, aber realwirtschaftlich unterfinanziert. Der Investitionsstau bremst Produktivität und Innovation.

Die Forderung: ein „Grand Bargain“

Regling fordert ein Reformpaket ohne historische Parallele – parteiübergreifend, ideologiefrei, kompromissbereit. Kern des Vorschlags ist ein politischer Kraftakt, der ökonomisch Notwendiges mit sozialer Balance verbindet.

Er nennt konkrete Maßnahmen:

- Arbeitsmarkt: Mehr Vollzeit statt Teilzeit. Streichung einzelner Feiertage. Abschaffung des Ehegattensplittings.
- Rente: Entkopplung von Lohnentwicklung, stattdessen Inflationsanpassung. Renteneintritt stärker an Beitragsjahren orientieren. Rentenbezug wieder verkürzen – durch längeres Arbeiten.
- Gesundheit: Begrenzung der Lohnnebenkosten durch stärkere Selbstbeteiligung. Debatte über Streichung der Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag.
- Steuern: Einführung einer moderaten Vermögenssteuer. Höhere Erbschaftsteuer. Entlastung mittlerer Einkommen. Reform der Abgeltungsteuer und Sozialabgaben auf Kapitaleinkünfte.

Zielkonflikt: Zumutbarkeit und Gerechtigkeit

Regling ist sich bewusst, dass diese Vorschläge politisch heikel sind. Deshalb verknüpft er ökonomische Härte mit gesellschaftlicher Fairness. Reformen seien durchsetzbar, wenn alle Gruppen beitragen – nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Unternehmen und Vermögende. Die Vermögen seien in den letzten 25 Jahren stark gewachsen – oft ohne reale Leistung. Wer Gerechtigkeit will, muss Verteilungsfragen offen ansprechen.

Wenn Politik zögert, wird ökonomische Realität handeln

Reglings Analyse ist kein Alarmismus, sondern ein nüchternes Lagebild. Der ökonomische Sockel Deutschlands ist belastbar – aber nicht grenzenlos. Ohne strukturelle Reformen wird die Stabilität zur Fiktion. Wohlstand braucht mehr als Wachstum: Es braucht Steuerung, Verteilung, Vertrauen.

Der Reformbedarf ist klar.

Die Frage ist: Wer trägt ihn – politisch, finanziell, gesellschaftlich?

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947526/regling-wohlstandsverlust-reformpaket/>